

Sessionsforum Elektronisches Patientendossier

Umstrittene Anpassungen

Nach der 13. AHV kommt die Prämiensenkungsinitiative. Derweil versucht der Ständerat, das angeschlagene elektronische Patientendossier (EPD) vor dem Absturz zu bewahren. Ohne Zwänge und Drohungen.

Von Hannes Germann*

Nach dem historischen Abstimmungswochenende sind die Eidgenössischen Räte wieder in den Alltag zurückgekehrt. Das Ja zur 13. AHV ist Tatsache, sie wird spätestens 2026 ausbezahlt. Woher die notwendigen fünf Zusatzmilliarden kommen sollen, darüber dürfte noch gestritten werden.

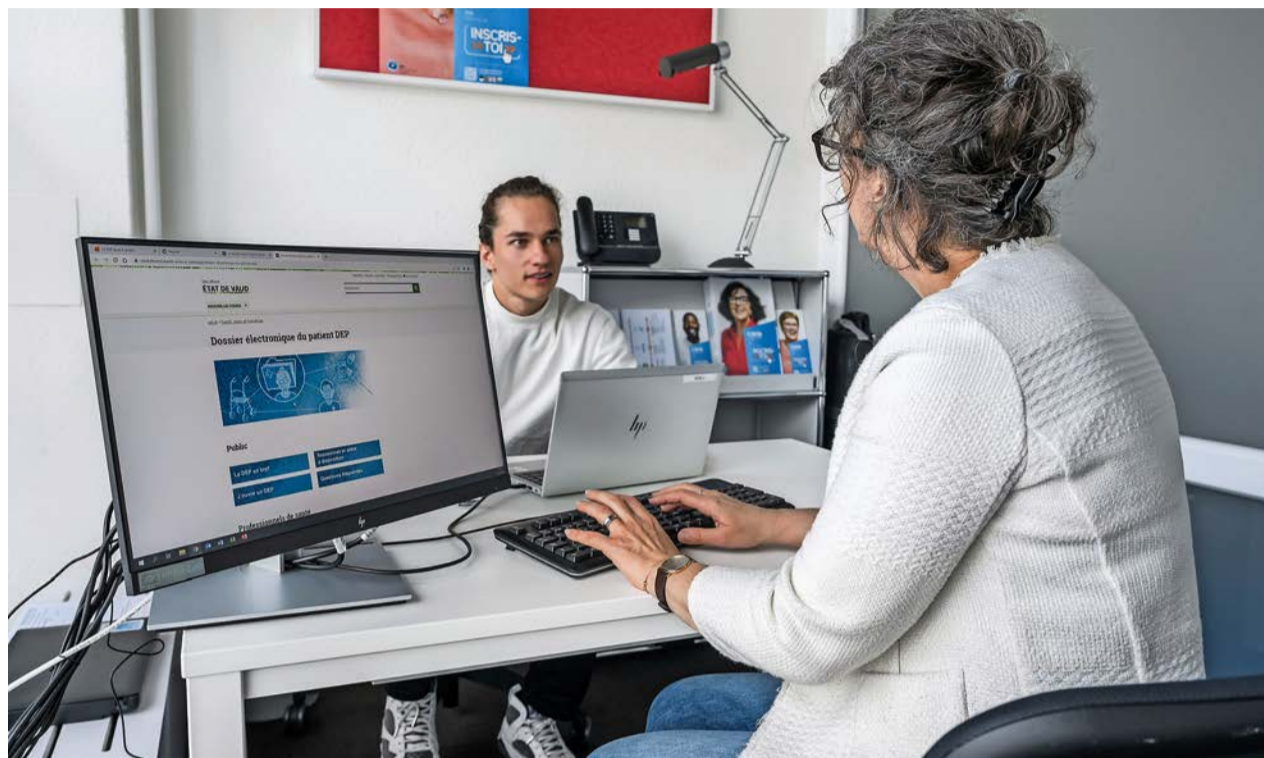
Ungeachtet dessen stehen im Sicherheitsbereich oder auch bei Bildung und Energiesicherheit höhere Investitionen an. Gerade mit Blick auf die Schuldenbremse eine riesige Knacknuss. Zumal dem Volk im kommenden Juni mit dem 4-Milliarden-Begehren zur Prämiensenkung ein weiteres Lockvogelangebot vorgelegt wird.

Derweil gibt es gerade im Gesundheitsbereich eine Vielzahl von Vorstössen und Dossiers: Kostendämpfungspakete, die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) und nicht zuletzt das elektronische Patientendossier (EPD).

Das Parlament bemüht sich, wo immer möglich, die Kosten zu senken oder zu dämpfen. In diese Richtung zielt auch mein Vorstoss zum erleichterten Import von patentabgelaufenen Medikamenten aus Ländern mit vergleichbaren Qualitätsstandards. Etwas weniger Bürokratie bei Swissmedic und gleichzeitig etwas mehr Wettbewerb würden im Pharmabereich bestimmt nicht schaden. Wir dürfen gespannt sein, ob die Motion gegen den Willen des Bundesrates durchkommt.

Schon länger in der Warteschlange befindet sich das EPD. In dieser Session geht es darum, die Übergangsfinanzierung für das elektronische Patientendossier, die Einwilligung und den Zugriff auf Abfragedienste zu regeln. Vorgesehen sind 30 Millionen für die nächsten drei Jahre. Das Ziel besteht darin, dass mehr Bürgerinnen und Bürger zur Nutzung des EPD bewegt werden können und mehr Patientendossiers eröffnet werden. Denn bis jetzt kommt das EPD einfach nicht zum Fliegen.

Dies obwohl gemäss dem geltenden EPD-Gesetz Akutspitäler, Rehabilitationskliniken, Pflegeheime und psychiatrische Kliniken



verpflichtet sind, sich dem EPD anzuschliessen. Gesundheitsfachpersonen müssen wichtige Informationen zur Gesundheit im EPD speichern, sobald ihre Patientinnen und Patienten ein EPD eröffnet haben. Für alle anderen Gesundheitsfachpersonen ist die Teilnahme am EPD bis dato freiwillig. Das gilt für vor 2022 zugelassene Ärzte, Apotheker, Spitex-Dienstleistende oder Physiotherapeutinnen. Das soll sich nun ändern, weshalb die anstehende Revision des EPD-Gesetzes umstritten ist.

Der Nationalrat will die Kantone gar zwingen, jeder Stammgemeinschaft für die Eröffnung eines Dossiers 30 Franken zu bezahlen, auch wenn diese allenfalls vor dem Konkurs steht. Gegen diesen Zwang setzen sich die Kantone zu Recht zur Wehr, die Ostschweizer Regierungskonferenz empfiehlt gar die Ablehnung der gesamten Vorlage zur Übergangsfinanzierung. Kein Wunder, denn nun sollen plötzlich auch alle

«Man stelle sich vor: Wir bilden für teures Geld Ärzte aus, haben dennoch einen Mangel an Hausärzten und drohen diesen nun auch noch mit einem Berufsverbot.»

Hausärzte verpflichtet werden, einer Stammgemeinschaft beizutreten und somit das EPD zu führen. Ansonsten droht eine Mehrheit im Nationalrat mit hohen Bussen, bis hin zum Entzug der Zulassung.

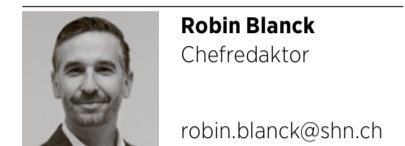
Man stelle sich vor: Wir bilden für teures Geld Ärzte aus, haben dennoch einen Mangel an Hausärzten und drohen diesen nun auch noch mit einem Berufsverbot. Nicht etwa wegen medizinischen Fehlleistungen oder Qualitätsmängeln, sondern weil ein erforderliches Formular nicht ausgefüllt wird. In der vorberatenden Gesundheitskommission haben wir diesem willkürlichen Verhältnisblödsinn auf meine Intervention hin eine Absage erteilt, der Ständerat ist uns gefolgt. Es bleibt zu hoffen, dass sich der Nationalrat anschliesst. Denn ansonsten wäre das EPD zum Scheitern verurteilt.

* Hannes Germann ist SVP-Ständerat des Kantons Schaffhausen

Kommentar

Antisemitismus und Extremismus die Stirn bieten

Der Angriff auf einen Juden stellt eine neue Eskalationsstufe des islamistischen Terrors in der Schweiz dar: Auch wenn 2020 ein schweizerisch-



Robin Blanck
Chefredaktor

robin.blanck@shn.ch

türkischer Islamist einen Portugiesen mit einem Messer getötet hat, ist beim Zürcher Fall der Angriff noch klarer als Akt des Terrors zu erkennen, hat der Täter sein Opfer doch ganz bewusst ausgewählt. Das fordert uns als Gesellschaft. In aller Deutlichkeit:

«Es geht nicht an, dass Juden sich in der Schweiz nicht mehr sicher fühlen.»

Es geht nicht an, dass Juden sich in der Schweiz nicht mehr sicher fühlen können.

Die überwiegende Mehrheit der Muslime in der Schweiz verhält sich gesetzestreu, untadlig und ist bestens integriert. Das entbindet uns aber nicht davon, über den kleinen, aber gefährlichen Teil von Islamisten zu sprechen, welcher mit Gewalt gegen Andersgläubige in unserer Mitte vorgeht. Dazu gehört etwa, dass polizeiliche Überwachungsmaßnahmen gegen den Terror, auf die wir in Schaffhausen seit über einem Jahr warten, endlich umgesetzt werden. Es wäre zudem falsch, den Umstand auszublenken, dass bei Menschen muslimischen Glaubens überdurchschnittlich oft antisemitische Haltungen vertreten sind, wie eine deutsche Studie 2023 nachgewiesen hat. Wir müssen uns mit diesen Problemen auseinandersetzen, um unser friedliches Zusammenleben mit Menschen jeder Herkunft und jeder Religion zu wahren. Wer sich – wie ein Teil des Zürcher Kantonsrates – dieser heiklen Debatte durch Verweigerung entzieht, hat die Aufgabe eines Parlaments nicht begriffen.

Leserbriefe

Die 13. AHV mit Transaktionssteuer bezahlen

Zu «Der Kippkanton Schaffhausen sagt Ja zur 13. AHV-Rente», SN vom 4. März

Meine Frau und ich haben zwar Nein gestimmt, weil wir finden, dass das Geld denen mit den kleinsten Renten zukommen sollte. Doch nun freuen wir uns trotzdem über den unerwarteten Zustupf, und die Diskussion über dessen Verwendung hat begonnen: Ferienwoche im Berner Oberland? Oder Wellness-Abo? Oder mehr karitative Spenden? Überrascht haben mich die Meinungen unserer beiden Ständeräte zur Finanzierung der Mehrausgaben. Stocker: Lohnbeiträge, Germann: Mehrwertsteuer. – Leider kein Wort von einer Transaktionssteuer. Diese Idee muss doch dringend näher angeschaut werden. Sie täte «dem gewöhnlichen Volk» am wenigsten weh. Und wenn Mitte und Links zusammenspannen und noch einige Bauern-Vertreter/innen mitmachen, wäre so eine Steuer sicher mehrheitsfähig. Ein halbes Promille auf solche Geldgeschäfte würde den Finanzplatz Schweiz nicht aus der Bahn werfen. Darum, liebe Parlamentarier/innen, schaut diese Variante bitte genauer an! Zum Voraus besten Dank!

Emil Gysel
Wilchingen

Üsi Schifffländi

Zu «Die Schifffländi polarisiert, der Steiner Stadtrat zeigt sich unbeirrt», SN vom 16. Februar

An der Informationsveranstaltung über die Neugestaltung der Schiffflände hat es Baureferent Christian Gemperle trefend auf den Punkt gebracht, um was es geht. Wer sich an der neu gestalteten Schiffflände in Zukunft aufhält, soll sich wohlfühlen. Nachdem ich das Vorprojekt zu Hause studiert hatte und in der Mehrzweckhalle von den Verantwortlichen weitere Inputs erhielt, stellte sich bei mir das Gefühl ein, dass ich mich dort wohlfühlen würde. Wir halten uns recht häufig an der Schiffflände auf und zugegeben, man gewöhnt sich mit den Jahren an das, was man hat und lernt es schätzen. Das Vorprojekt für die neue Platzgestaltung ist aber derart überzeugend und weckt Lust, sich dort noch mehr aufzuhalten. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieses Projekt so umgesetzt wird. Kritische Stimmen einzelner Gastronomen und des Gewerbevereins sind ja nicht zu überhören, und ich frage mich, ob ich jetzt ein schlechtes Gewissen haben muss, wenn ich lieber unter Bäumen mit natürlichem Schatten sitzen möchte, anstelle wie bei einzelnen Gastbetrieben unter praktisch flächendeckend angeordneten Sonnenschirmen. Die geplante Platzgestaltung überzeugt mich aber auch durch die spannenden Räume, Nischen und Rheinzugänge,

die neu entstehen werden. Selbstverständlich habe ich Verständnis, dass Gastronomen möglichst optimierte und planbare Betriebsabläufe möchten, und ich habe auch Hochachtung davor, welche Herausforderungen diese Branche bewältigen muss. Mit der kostenlosen Einrichtung eines Aussen-Getränkbuffets, der kompletten Sperrung des Durchgangsbereichs zwischen Restaurant und Aussengastronomie für Velos und der zeitlichen Einschränkung für Anlieferungen wurden Optimierungswünsche für eine attraktive, und fürs Personal sichere Gastronomie bereits bestmöglich erfüllt. Bei allem Verständnis für die geschäftlichen Interessen der Wirte möchte ich aber meine Entscheidung nicht von der optimalen Erfüllung derer Wünsche abhängig machen. Schliesslich geht es nicht um ein zu optimierendes 08/15-Infrastrukturprojekt, sondern um die sorgfältige Gestaltung eines sehr wichtigen Platzes, der für uns Einheimische und Gäste ein wichtiger Aufenthaltsort ist. Ich habe mich entschieden, ohne schlechtes Gewissen Ja zu stimmen.

Andreas Frei
Stein am Rhein

Unter der Rubrik «Leserbriefe»

veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen.

Pressestimmen Trump vs. Biden



Noch nie war ein Präsident acht Monate vor den Wahlen so unbeliebt wie Biden. Das liegt nicht nur an seinem hohen Alter, sondern auch an der Migrationkrise an der Südgrenze. Ausserdem ist eine grosse Mehrheit der Wähler der Ansicht, dass es ihnen wirtschaftlich schlechter geht als vor vier Jahren. Wie alle anderen haben auch die Amerikaner eine Zeit mit hoher Inflation hinter sich, für die viele Biden verantwortlich machen. Dass die USA besser als andere westliche Länder dastehen, die Arbeitslosigkeit niedrig, und das Wachstum solide ist – das alles bringt ihm keine Pluspunkte. Dieser Pessimismus spricht gegen eine Wiederwahl Bidens. («Verdens Gang», Norwegen)



Der Vorwahlkampf in den USA repräsentiert nicht die Stimmung unter den Wählern insgesamt. Das Rennen um die Präsidentschaft ist noch offen. Biden hat noch acht Monate Zeit, um die Wähler von den Leistungen seiner Regierung zu überzeugen und an das Chaos während der Amtszeit von Trump zu erinnern. Letztlich dürfte dann die aktuelle wirtschaftliche Lage den Ausschlag geben. («O Globo», Brasilien)



Für immer mehr Wähler der Mitte scheint eine zweite Präsidentschaft Trumps den Schrecken zu verlieren. Dabei hat er seine Rhetorik keineswegs gemässigt. Trump sei eben Trump, sagen jetzt manche. Selbst die zahlreichen Anklagen gegen ihn kosten Trump nicht die Nominierung als Kandidat seiner Partei. Stattdessen ist seine Stammwählerschaft sogar gestärkt. Hinzu kommt: Die Republikaner werten jedes Stolpern des inzwischen 81-jährigen Biden als Beweis dafür, dass er geistig und körperlich nicht mehr in der Lage ist, das Amt des Präsidenten auszufüllen. («USA Today», USA)



Es ist nicht ausgeschlossen, dass Trump während einer zweiten Amtszeit die amerikanische Unterstützung für die Ukraine und für Taiwan beendet. Die Folgen für die betroffenen Nationen scheinen ihm dabei egal zu sein, solange er die USA in den Isolationismus führt. Trump selbst behauptete kürzlich, er könne einen drohenden Dritten Weltkrieg stoppen. Aber wären Amerika und die Welt mit ihm sicher? («Korea Herald», Südkorea)